

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB) der energie schwaben Gruppe – Stand 01.10.2022

Gültig für die energie schwaben gmbh, schwaben netz gmbh, schwaben regenerativ gmbh nachfolgend „AG“ genannt.

1 Geltungsbereich

1.1. Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten (Auftragnehmer „AN“) folgender Gesellschaften:

- energie schwaben gmbh
- schwaben netz gmbh
- schwaben regenerativ gmbh.

Die AGB sind entsprechend Vertragsbestandteil. Gegenüber Kaufleuten im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) zu denen der AG in laufender Geschäftsbeziehung steht, gelten die AEB in ihrer jeweils gültigen Fassung auch für alle zukünftigen, vergleichbaren Geschäftsbeziehungen zwischen dem AG und dem AN, ohne dass der AN in jedem Fall einzeln wieder auf sie hingewiesen werden muss. Sie gelten auch für alle zukünftigen Lieferungen, Leistungen oder Angebote an den AN, selbst wenn sie nicht nochmals gesondert vereinbart werden. Alle Lieferungen, Leistungen und Angebote des ANs erfolgen ausschließlich aufgrund dieser AEB. Diese gelten jedoch nur, wenn der AN Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

1.2. Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der AN die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des AG gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

1.3. Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des ANs werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich in Textform zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des ANs dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen oder auf ein Schreiben Bezug nehmen, das Geschäftsbedingungen des ANs oder eines Dritten enthält oder auf solche verweist.

1.4. Folgende Bestimmungen werden Vertragsinhalt. Bei Widersprüchen gilt die nachfolgende Rang- und Reihenfolge:

- a) die Bestellung und ggf. das beigefügte Auftrags-, Leistungsverzeichnis bzw. die Leistungsbeschreibung
- b) ggf. von dem AG und AN unterzeichnete Protokolle von Vergabeverhandlungen (gibt es mehrere Protokolle gehen jüngere den älteren vor),
- c) Etwaig geschlossene Gruppenrahmenverträge mit dem AN
- d) diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen nebst Anlagen
- e) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) alle technischen Vorschriften und Normen, in der jeweils aktuellen Fassung, wie z.B. EU- Vorschriften, alle nationalen Vorschriften einschließlich veröffentlichter Entwürfe, alle einschlägigen Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, die berufsgenossenschaftlichen Regeln, die Herstellerhinweise, soweit sie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen sowie die auf die jeweilige Bestellung anwendbaren sonstigen allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs.

Bei Hoch- und Tiefbauarbeiten gilt folgende Rang- und Reihenfolge:

- a) das Auftragschreiben des AG
- b) die Leistungsbeschreibung/das Leistungsverzeichnis
- c) alle das jeweilige Bauvorhaben betreffende und vom AG bereitgestellte Pläne, Zeichnungen und sonstige Unterlagen gemäß Planverzeichnis
- d) öffentlich-rechtliche Genehmigungen, soweit diese erforderlich sind
- e) Rahmenterminplan/Bauzeitplan
- f) Zahlungsplan
- g) Muster Vertragserfüllungsbürgschaft und/oder Bürgschaft für Mängelansprüche und /oder Muster Vorauszahlungsbürgschaft
- h) Liste der bis Abnahme durch AN vorzulegenden Unterlagen und Nachweise
- i) das Angebot des AN
- j) die allgemein anerkannten Regeln der Technik und alle anwendbaren sonstigen Vorschriften, Normen, Regelwerke, Richtlinien und Erlasse in der jeweils gültigen Fassung
- k) die einschlägigen gesetzlichen, untergesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, insbesondere die einschlägigen Vorschriften der Bauaufsichtsbehörden, des Gewerbeaufsichtsamtes, die Baustellenverordnung mit Arbeitsstättenverordnung i.V.m. den Arbeitsstättenrichtlinien sowie die Unfallverhütungsvorschriften

- l) diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen nebst Anlagen
- m) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teile B und C („VOB/B“ und „VOB/C“) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
- n) die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)

Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem AN (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein Vertrag in Textform bzw. unsere Bestätigung in Textform maßgebend.

1.5. Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des ANs in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind in Textform, in Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. In Einzelfällen kann eine strengere Form (z.B. Schriftform) vereinbart werden. Dies gilt auch für Abweichungen von diesen AEB sowie sonstige Nebenabreden.

Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

1.6. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen sind.

2 Vertragsschluss

2.1. Unsere Bestellung gilt frühestens mit Abgabe in Textform oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Tipp- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der AN zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

2.2. Nur Bestellungen, die zumindest in Textform erteilt wurden, sind verbindlich. Telefonische oder mündliche Bestellungen bedürfen der Bestätigung in Textform unter Anerkennung der vorliegenden AEB.

2.3. Der AN ist gehalten, die Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Werktagen ab Zugang in Textform zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.

2.4. Der AG kann Änderungen des Liefer- und Leistungsgegenstandes auch nach Vertragsschluss verlangen, soweit dies für den AN zumutbar ist.

2.5. Die Parteien sind berechtigt, ihre Rechte aus dem Vertrag als Gesamtheit auf einen personell, technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Dritten zu übertragen. Die Übertragung wird erst wirksam, wenn die andere Partei in Textform zugestimmt hat. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grunde verweigert werden. Das Recht zur Abtretung von Forderungen nach § 398 BGB sowie eine gesetzliche Rechtsnachfolge, insbesondere bei Übertragungen i.S.d. Umwandlungsgesetzes, bleiben von dieser Ziffer unberührt.

2.6. Lieferungen und Leistungen dürfen durch Nachunternehmer und Personen, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zum AN stehen, nur erbracht werden, wenn dies dem AG in Textform angezeigt worden ist und dieser zugestimmt hat sowie dies dem vor Ort zuständigen technischen Ansprechpartner des AG rechtzeitig vor Arbeitsbeginn bekannt gegeben wird.

Beauftragt der AN Nachunternehmer, hat der AN die Erfüllung sämtlicher gesetzlicher und vertraglicher Bedingungen bei seinem Nachunternehmer sicherzustellen.

3 Lieferzeit und Lieferverzug

3.1. Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Der AN ist verpflichtet, uns unverzüglich mindestens in Textform in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

3.2. Erbringt der AN seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Ziff. 3.3 bleiben unberührt.

3.3. Gerät der AN mit der jeweiligen Liefer- bzw. Leistungsterminen in Verzug, hat er für jeden Werktag der schuldhaften Fristüberschreitung eine Vertragsstrafe von 0,2% des Nettoauftragswertes (ohne Mehrungen) des jeweiligen Liefer- bzw. Leistungsumfanges zu zahlen.

3.4. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5% des Nettoauftragswertes (ohne Mehrungen) je Liefer- bzw. Leistungsumfang begrenzt.

3.5. Falls die Parteien nachträglich anstelle der Vertragsstrafen bewehrten Vertragstermine andere verbindliche Vertragstermine vereinbaren oder die Leistungs- und Lieferfristen sich sonst verändern oder vertragsgemäß verschieben, ist die vorstehende Vertragsstrafen-Regelung auch bei einer schuldhaften Überschreitung dieser neu vereinbarten Termine anzuwenden, wobei bereits entstandenen Ansprüche auf Vertragsstrafe bestehen bleiben.

3.6. Eine verwirkte Vertragsstrafe kann vom dem AG, auch wenn sie bei der Abnahme bzw. Entgegennahme der Leistung nicht vorbehalten

worden ist, bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung geltend gemacht werden.

- 3.7. Dem AG bleibt es vorbehalten, einen die Vertragsstrafe übersteigenden Schaden vom AN nach den vertraglichen Regelungen und den geltenden Rechtsvorschriften ersetzt zu verlangen. Die verwirkte Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatzanspruch angerechnet.

4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- 4.1. Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Augsburg (Bayerstraße 43-45, 86199 Augsburg) zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).
- 4.2. Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummern und Anzahl) sowie unserer Bestellangaben (Bestellnummer und -datum sowie ggf. Name des Empfängers und Materialnummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- 4.3. Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
- 4.4. Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der AN muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der AN nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom AN herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem AN weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

5 Preise und Zahlungsbedingungen

- 5.1. Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- 5.2. Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des ANs (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
- 5.3. Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der AN 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- 5.4. Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- 5.5. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den AN zustehen.
- 5.6. Sofern die für die Verbuchung der Zahlungseingänge notwendigen Daten auf der Rechnung fehlen (z.B. Bestellnummer), kann der AG die ihm durch diese fehlende Information entstandenen Kosten beim AN geltend machen.

6 Sicherheiten

- 6.1. Auf Verlangen des AG stellt der AN angemessene Sicherheiten für Vorauszahlungen, Anzahlungen, Vertragserfüllung und Gewährleistung. Der AN stellt dazu auf eigene Kosten unbedingte, unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaften einer von dem AG akzeptierten Bank oder eines Kreditversicherers unter Verzicht der Einreden der Vorausklage, der Anfechtbarkeit sowie der Aufrechenbarkeit mit nicht rechtskräftig festgestellten oder bestrittenen Forderungen zur Verfügung. Die jeweilige Bürgschaft ist nach den Mustern des AG auszustellen und muss vorsehen, dass Streitigkeiten aus der Bürgschaft am Sitz des AG durchzuführen sind.
- 6.2. Soweit nicht anders vereinbart, beläuft sich die Höhe

- Der jeweiligen Vorauszahlungsbürgschaft auf den Brutto-Vorauszahlungsbetrag
- Der jeweiligen Auszahlungsbürgschaft auf den Brutto-Auszahlungsbetrag

- Der jeweiligen Vertragserfüllungsbürgschaft auf 5% der Netto-Auftragssumme
- Der jeweiligen Gewährleistungsbürgschaft auf 5% der Netto-Abrechnungssumme

Die Vorauszahlungsbürgschaft oder Anzahlungsbürgschaft wird auf Verlangen des AN zurück- bzw. freigegeben, sobald der wirtschaftliche Wert, der dem AG zugeflossenen Leistung des AN den Höchstbetrag der Vorauszahlungsbürgschaft oder Anzahlungsbürgschaft erreicht oder überschritten hat. Maßgeblich sind nur diejenigen zugeflossenen Leistungen, die frei von Rechten Dritter sind und auch im Übrigen von dem AG wirtschaftlich verwertet werden können.

Die Vertragsverfüllungsbürgschaft wird nach der Abnahme und Beseitigung aller Mängel aus dem Abnahmeprotokoll Zug um Zug gegen Stellung einer Gewährleistungsbürgschaft zurückgegeben.

Die Gewährleistungsbürgschaft wird frühestens nach Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche auf Verlangen des AN zurück- bzw. freigegeben, sofern zu diesem Zeitpunkt sämtliche von dem AG geltend gemachten Mängelansprüche vollständig erfüllt sind.

- 6.3. Soweit nichts anderes vereinbart ist, erkennt der AG Kreditinstitute oder Kreditversicherer als tauglich an, die ein Mindestrating von Baa1 (Moody's) oder BBB+ (Standard & Poors, Fitch) zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bürgschaftsurkunde aufweisen. Bei einem Split Rating ist das schlechtere Rating maßgebend. Im Falle, dass das Rating eines bürgenden Kreditinstituts oder Kreditversicherers unter das Mindestrating fällt, ist binnen 5 Geschäftstagen eine Bürgschaft eines anderen Kreditinstituts oder Kreditversicherers mit dem Mindestrating zu stellen, andernfalls kann der AG den Vertrag fristlos außerordentlich kündigen.

7 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- 7.1. Der AN wird vertrauliche Informationen, insbesondere von uns zugänglich gemachte Unterlagen, Muster, Geschäftsabsichten, Personendaten, Problemstellungen, Daten, und/oder Problemlösungen und sonstiges spezifisches Know-how (nachstehend insgesamt „Informationen“ genannt), während der Dauer und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vertraulich behandeln, insbesondere nicht an Dritte weitergeben oder unbefugt für eigene Geschäftszwecke verwerten. Er wird diese Verpflichtung auch seinen Mitarbeitern und sonstigen Erfüllungsgehilfen auferlegen.
- 7.2. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, soweit die Information dem Auftragnehmer vor der Mitteilung nachweislich bekannt war, der Öffentlichkeit nach Mitteilung ohne Mitwirkung oder Verschulden des Auftragnehmers bekannt oder allgemein zugänglich wird oder aufgrund gerichtlicher oder behördlicher Anweisung veröffentlicht werden muss.
- 7.3. Soweit nicht anders vereinbart, gelten die Geheimhaltungspflichten der Parteien nach dieser Klausel 7 über die Beendigung des jeweils letzten Liefervertrages hinaus für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren fort.
- 7.4. Im Falle der Verletzung der Geheimhaltungspflicht sind wir berechtigt, für jeden Fall der Verletzung eine Vertragsstrafe zu verlangen, deren Höhe von uns zu bestimmen (max. 10 % des Auftragswertes) und im Streitfall von einem zuständigen Gericht auf Angemessenheit zu überprüfen ist. Darüberhinausgehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt. Eine gezahlte Vertragsstrafe ist auf etwaige Schadensersatzansprüche anzurechnen. Die Vertragsstrafe stellt dabei den Mindestschaden dar.
- 7.5. An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- 7.6. Vorstehende Bestimmungen gelten entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem AN zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des ANs gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern. Beigestellte Gegenstände dürfen nur für die Produktion der Ware eingesetzt werden. Die von uns zur Verfügung gestellten Gegenstände sind auf Kosten den AN in produktionsfähigem Zustand zu erhalten.
- 7.7. Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den AN wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- 7.8. Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des ANs auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des ANs spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben

im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

8 Mangelhafte Lieferung

- 8.1. Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den AN gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 8.2. Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der AN insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten neben § 434 Abs. 2 Satz 2 BGB alle Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind, in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden oder vom AN (insbesondere in Katalogen oder auf der Internetseite des AN) zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses öffentlich bekannt gemacht waren. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom AN oder vom Hersteller stammt.
- 8.3. Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- 8.4. Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von fünf Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- 8.5. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung vom AN aufgewendeten Kosten (einschließlich eventueller Ausbau- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Schadensersatzhaftung durch uns bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
- 8.6. Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in 8.5 gilt: Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom AN Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Unser Wahlrecht besteht nicht, sofern eine Art der Nacherfüllung für den Auftragnehmer unmöglich oder nur mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist. In diesem Falle hat der AN die Unverhältnismäßigkeit dem AG darzulegen. Ist die Nacherfüllung durch den AN fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den AN unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

9 Lieferantenregress

- 9.1. Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom AN zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt. Auf § 445 c BGB wird Bezug genommen.
- 9.2. Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den AN benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem AN obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- 9.3. Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die

mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

10 Ausführung/Umweltschutz, Sicherheit, Gesundheitsschutz und Qualität

- 10.1. Der AN hat die anerkannten Regeln der Technik und die jeweils gültigen gesetzlichen und behördlichen Vorgaben und die betrieblichen Regeln zu berücksichtigen. Insbesondere hat er die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten. Maschinen und technische Arbeitsmittel sind entsprechend der Maschinenverordnung mit einer Betriebsanleitung und einer EG-Konformitätserklärung zu liefern. Sie müssen außerdem den in den Verzeichnissen A und B der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel“ aufgeführten Normen sowie sonstigen Regeln mit sicherheitstechnischem Inhalt und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln entsprechen. Es sind ausschließlich Arbeitsmittel mit CE-Kennzeichnung zu liefern. Ist ein Prüfzeichen nicht erteilt, ist die Einhaltung der o.g. Vorschriften auf Verlangen nachzuweisen.
- 10.2. Für den Fall, dass Stoffe geliefert werden, die Gefahrstoffe im Sinne der Gefahrstoffverordnung sind, ist der AN verpflichtet, aufzufordern vor der Lieferung das EG-Sicherheitsdatenblatt (§ 6 GefStoffV) zur Verfügung zu stellen.
- 10.3. Der AN hat unsere Anforderungen hinsichtlich Informationssicherheit zu beachten. Diese beinhalten insbesondere die Verpflichtung des ANs seine IT-Systeme gegen unautorisierten Zugriff und Datenverlust zu schützen.
- 10.4. Der AN ist verpflichtet, sicherzustellen, dass der für die konkrete Ausführungen verantwortliche Mitarbeiter über ausreichende Deutschkenntnisse besitzt und die ihm unterstehenden oder von ihm anzuweisenden Arbeiter ordnungsgemäß anweisen kann. Im Zweifel trägt der Auftragnehmer die Beweislast dafür, dass die von ihm ausgewählten Mitarbeiter über ausreichende Deutschkenntnisse besitzen, die für die Durchführung des Vorhabens erforderlich sind.

11 Betreten und Befahren des Werksgeländes/der Baustelle

Beim Betreten und Befahren unseres Werksgeländes/der Baustelle ist den Anweisungen unseres Fachpersonals zu folgen. Die Vorschriften der StVO sind einzuhalten.

12 Haftung

- 12.1. Der AN haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für Pflichtverletzungen sowie für gelegentlich der Ausführung des Auftrages dem AG zugeführte Sach-, Personenschäden und Vermögensschäden.
- 12.2. Von Schadensersatzansprüchen, die Dritte gegenüber dem AG für Schäden geltend machen, die diesen in oder gelegentlich der Vertragserfüllung vom AN zugeführt worden sind, hat der AN den AG freizustellen.
- 12.3. Schwervwiegende Ereignisse, wie insbesondere höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, kriegerische oder terroristische Auseinandersetzungen, die unvorhersehbare Folgen für die Leistungsdurchführung nach sich ziehen, befreien die Vertragsparteien für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von ihren Leistungspflichten, selbst wenn sie sich in Verzug befinden sollten. Eine automatische Vertragsauflösung ist damit nicht verbunden. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, sich von einem solchen Hindernis zu benachrichtigen und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.
- 12.4. Zur Abdeckung der Haftungsrisiken nach diesem Vertrag hat der AN eine ausreichende Haftpflichtversicherung für Personenschäden, Sach- und Vermögensschäden abzuschließen und auf Verlangen des AG nachzuweisen. Der AN ist verpflichtet, dem AG unverzüglich etwaige Änderungen hinsichtlich der Haftpflichtversicherung mitzuteilen, sofern die Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr bestehen sollte oder sich sonstige für die Vertragsdurchführung relevante Punkte sich ändern sollten.
- 12.5. Es obliegt dem AN, sein Eigentum am Liefer-/ Leistungsort bis zum Gefahrenübergang gegen Diebstahl, Feuer und sonstige Schäden selbst zu schützen.

13 Produkt-/Produzentenhaftung

- 13.1. Ist der AN für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
- 13.2. Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der AN Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den AN – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 13.3. Der AN muss für die Dauer des Vertrages, einschließlich Garantie- und Gewährleistungszeiten, Haftpflichtversicherungsschutz mit branchenüblichen Konditionen (Mindestdeckungssumme von 1,5 Mio. EURO pro Schadensereignis) unterhalten. Der AN muss uns dies auf

Verlangen nachweisen; geringere Deckungssummen sind im Einzelfall mit uns abzustimmen.

14 Schutzrechte

- 14.1. Der Verkäufer steht nach Maßgabe dieses § 7 dafür ein, dass der Liefergegenstand frei von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten Dritter ist. Jeder Vertragspartner wird den anderen Vertragspartner unverzüglich in Textform benachrichtigen, falls ihm gegenüber Ansprüche wegen der Verletzung solcher Rechte geltend gemacht werden.
- 14.2. In dem Fall, dass der Liefergegenstand ein gewerbliches Schutzrecht oder Urheberrecht eines Dritten verletzt, wird der Verkäufer nach seiner Wahl und auf seine Kosten den Liefergegenstand derart abändern oder austauschen, dass keine Rechte Dritter mehr verletzt werden, der Liefergegenstand aber weiterhin die vertraglich vereinbarten Funktionen erfüllt, oder dem Auftraggeber durch Abschluss eines Lizenzvertrages mit dem Dritten das Nutzungsrecht verschaffen. Gelingt dem Verkäufer dies innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht, ist der Auftraggeber berechtigt, von dem Vertrag zurückzutreten oder den Kaufpreis angemessen zu mindern. Etwaige Schadensersatzansprüche des Auftraggebers unterliegen den Beschränkungen des § 8 dieser Allgemeinen Lieferbedingungen.
- 14.3. Bei Rechtsverletzungen durch vom Verkäufer gelieferte Produkte anderer Hersteller wird der Verkäufer nach seiner Wahl seine Ansprüche gegen die Hersteller und Vorlieferanten für Rechnung des Auftraggebers geltend machen oder an den Auftraggeber abtreten. Ansprüche gegen den Verkäufer bestehen in diesen Fällen nach Maßgabe dieses § 7 nur, wenn die gerichtliche Durchsetzung der vorstehend genannten Ansprüche gegen die Hersteller und Vorlieferanten erfolglos war oder, bspw. aufgrund einer Insolvenz, aussichtslos ist.

15 Verjährung

- 15.1. Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 15.2. Soweit nicht die Regelungen der §§ 478 Abs. 2, 445 b BGB eingreifen, gilt: Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- 15.3. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

16 Abtretung

Der AN ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Bei Vorliegen eines Handelsgeschäfts bleibt § 354a HGB unberührt.

17 Mindestlohn

- 17.1. Der AN verpflichtet sich, die Vorschriften des Mindestlohngesetzes stets einzuhalten. Dies beinhaltet insbesondere die Verpflichtung, den Mindestlohn stetig und fristgerecht zu bezahlen. Auf Anforderung hat der AN uns die entsprechenden Dokumente und Nachweise vorzulegen.
- 17.2. Sofern der AN gegen Verpflichtungen verstößt, welche sich aus dem Mindestlohngesetz ergeben, stellt dies für uns einen wichtigen Grund dar, welcher zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses berechtigt.
- 17.3. Für den Fall, dass der AN bei der Ausführung der vertraglich geschuldeten Tätigkeiten weitere Subunternehmer einsetzt, trägt er dafür Sorge, dass auch diese Subunternehmer die Vorschriften des Mindestlohngesetzes stets einhalten. Der AN hat sich von jedem Subunternehmer regelmäßig die entsprechenden Dokumente und Nachweise zur Überprüfung vorlegen zu lassen. Im Vertragsverhältnis zwischen dem AN und dem Subunternehmer ist eine Regelung zu vereinbaren, wonach dem AN ein Sonderkündigungsrecht zusteht, sofern der Subunternehmer gegen die Verpflichtungen aus dem Mindestlohngesetz verstößt.
- 17.4. Im Falle der Inanspruchnahme des ANs aufgrund eines Verstoßes gegen eine Verpflichtung des Mindestlohngesetzes, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des ANs oder eines vom AN eingesetzten Subunternehmers beruht, verpflichtet sich der AN, sämtliche in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten, insbesondere auch sämtliche Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, zu tragen. Im Übrigen gelten Ziffer 17.4 sowie Ziffer 17.5.

18 Compliance

- 18.1. Der AN ist verpflichtet, sämtliche für ihn jeweils geltenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, Gesetze, Verordnungen und Verfügungen einzuhalten. Dies beinhaltet auch, keine illegalen Praktiken (insbesondere unerlaubte finanzielle Zuwendungen oder sonstige Geschenke, Geldwäsche, Wettbewerbsverstöße) auszuüben und die für ihn unmittelbar geltenden Anti-Korruptionsregelungen zu beachten.
- 18.2. Der Verkäufer hat ferner unsere Anforderungen hinsichtlich Informationssicherheit zu beachten. Diese beinhalten insbesondere die Verpflichtung des Verkäufers seine IT-Systeme gegen unautorisierten Zugriff und Datenverlust zu schützen.
- 18.3. Durch die Verordnungen (EG) Nr. 881/2002 und (EG) 2580/2001 des Rates der Europäischen Union, die unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft gelten, wurde zum Zweck der Terrorismusbekämpfung das Verbot, bestimmten natürlichen Personen, Gruppen oder Organisationen direkt oder indirekt Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, eingeführt. Der AN verpflichtet sich, dieses Verbot zu beachten und seine Geschäftspartner und Mitarbeiter daraufhin zu überprüfen, ob eine Namensidentität mit den in den als Anhängen zu den Verordnungen veröffentlichten Listen genannten natürlichen oder juristischen Personen, Gruppen oder Organisationen besteht. Im Falle einer Namensidentität ist von der Durchführung von Geschäften mit diesen Personen, Gruppen oder Organisationen abzusehen.
- 18.4. Im Falle von schweren Verstößen gegen die Einhaltung der auf den AN jeweils anwendbaren gesetzlichen oder behördlichen Bestimmungen können wir den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist in Textform kündigen, im Übrigen bedarf es, soweit eine Heilung möglich ist, der Setzung einer Nachfrist.
- 18.5. In folgenden Fällen hat der AN uns einen pauschalierten Schadensersatz zu bezahlen:
- 18.5.1. 15 % der Auftragssumme, wenn der AN aus Anlass der Vergabe eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
- 18.5.2. 3 % der Auftragssumme, wenn der AN aus Anlass der Vergabe Zahlungen i.S.d. §§ 299 bzw. 333, 334 StGB geleistet hat.
- 18.5.3. 2 % der Auftragssumme, wenn der AN gegen Ziffer 16 „Mindestlohn“ verstößt.
- 18.6. Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, nach den gesetzlichen Bestimmungen, Ersatz des ihm durch die Verletzung entstandenen Schadens zu verlangen. Etwaig gezahlter pauschalierter Schadensersatz gemäß Ziff. 3 ist hierauf anzurechnen.
- 18.7. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche unsererseits bleiben hiervon unberührt.

19 Datenschutz

Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen ergeben sich aus den „Zusätzlichen Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Datenschutzes der energie schwaben gmbh“, ebenfalls einsehbar unter www.energie-schwaben.de/AEB-Datenschutz.

20 Rechtswahl und Gerichtsstand

- 20.1. Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem AN gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- 20.2. Ist der AN Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Augsburg. Entsprechendes gilt, wenn der AN Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des ANs zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.